

**Jahresmedienkonferenz
economieuisse**
Dienstag, 2. Februar 2016

Es gilt das gesprochene Wort

Beziehungen Schweiz – EU: selbstbewusst einen Schritt weiter gehen

Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung

Sehr geehrte Damen und Herren

Vor etwas mehr als einem Jahr haben wir Ihnen gemeinsam mit dem Schweizerischen Arbeitgeberverband dargelegt, wie die Masseneinwanderungsinitiative umgesetzt werden könnte, ohne den Wirtschaftsstandort Schweiz zu gefährden. Im Zentrum unseres Modells stand schon damals die Forderung nach einer Schutzklausel, die dann aktiviert werden soll, wenn die Nettozuwanderung eine jährlich festzulegende Obergrenze erreicht. Dieses System erlaubt es, das Prinzip der Personenfreizügigkeit beizubehalten und die Einwanderung zu reduzieren, ohne die bilateralen Abkommen zu gefährden. Im vergangenen Dezember hat sich auch der Bundesrat zu diesem Vorschlag bekannt, und die bürgerlichen Parteien unterstützen dieses Vorgehen grundsätzlich.

Aus Sicht der Wirtschaft ist es sehr erfreulich, dass die Berücksichtigung des Inländervorrangs auch künftig nicht für jede einzelne Anstellung ausgewiesen werden muss, denn das hätte die Einführung eines komplizierten Zuteilungs- und Bewilligungssystems unabdingbar gemacht. Eine solche Migrationsbürokratie hat auch in der Vergangenheit die Zuwanderung nicht gebremst, wohl aber die wirtschaftliche Entwicklung. Der Schutzklausel-Ansatz erlaubt dem Bundesrat zudem, das Protokoll III zur Erweiterung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf Kroatien zu unterzeichnen. Denn egal, wie die Schutzklausel am Ende im Detail aussieht: Eine Andersbehandlung von kroatischen Staatsangehörigen gegenüber solchen aus den übrigen EU-Staaten kann ohnehin kein Thema sein. Dies macht auch den Weg frei für die weitere Teilnahme der Schweiz am Forschungsrahmenprogramm «Horizon 2020», die ansonsten Ende Jahr wegfällt. Nicht einverstanden sind wir hingegen mit der Idee, die Zahl der Kurzaufenthalter und der Grenzgänger planwirtschaftlich zu steuern. Wenn manche Regionen Probleme mit Grenzgängern haben, sollen sie auf kantonaler Ebene eingreifen können: Es ist unsinnig, zum Beispiel das Tessin und die Region Basel mit ihren ganz unterschiedlichen Herausforderungen in den gleichen Topf zu werfen.

Auch bei der Begrenzung der Zuwanderung aus Drittstaaten hat der Bundesrat bislang nur an einer Stellschraube gedreht: Die jährlichen Kontingente wurden jeweils verkleinert oder trotz ausgewiesenem Bedarf eingefroren. Diese Politik macht volkswirtschaftlich wenig Sinn, weil die Kontingente sich nur auf Arbeitskräfte beziehen, und nicht etwa auf den Familiennachzug von bereits hier anwesenden Aus-

länderinnen und Ausländern. Damit erreicht man eine marginale Begrenzung der Zuwanderung, die aber voll zulasten der Unternehmen geht. Auch in diesem Bereich findet zum Glück ein Umdenken statt. Der Bundesrat will den Familiennachzug nach klaren Kriterien begrenzen und die Erteilung von Niederlassungsbewilligungen von messbaren Integrationsschritten abhängig machen. Hier braucht es nun deutliche Signale. So soll der Familiennachzug für Sozialhilfebezüger ausgeschlossen werden. Und der Bezug von Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen soll konsequent auf Menschen beschränkt werden, die schon eine gewisse Zeit hier gelebt haben. Wir sind überzeugt, dass die Zuwanderung aus Drittstaaten mit solchen Massnahmen spürbar reduziert werden kann, ohne dass die international ausgerichteten Schweizer Unternehmen darunter zu leiden haben, weil sie plötzlich ein halbes Jahr lang auf ein Kontingent für eine amerikanische Physikerin oder einen indischen Softwarespezialisten warten müssen.

Kommen wir nochmals zurück zur Schutzklausel für die Zuwanderung aus den EU- und EFTA-Staaten: Bereits werden Zahlen herumgeboten, wie hoch die Aktivierungsgrenze angesetzt werden soll. Wir halten diese Diskussion aus zwei Gründen für verfehlt. Erstens muss diese Obergrenze zwingend flexibel sein und unter Beachtung der konjunkturellen Entwicklung jährlich neu festgelegt werden. Und zweitens muss es das gemeinsame Ziel von Staat und Wirtschaft sein, die Schutzklausel gar nie aktivieren zu müssen. Unabhängig von deren Höhe geht das aber nur, wenn das enorme Stellenwachstum beim Staat und in staatsnahen Betrieben endlich gedrosselt und das inländische Arbeitskräftepotenzial gezielt gefördert wird. Über den Stand dieser Bemühungen informiert der Schweizerische Arbeitgeberverband regelmässig. Potenzial sehen wir aber durchaus auch bei Asylsuchenden. Es ist uns allen gedient, wenn wir Menschen, die ohnehin für längere Zeit hier bleiben werden, möglichst rasch in den Arbeitsmarkt und damit auch in unsere Gesellschaft integrieren. Mit Sicherheit das falsche Rezept ist hingegen ein weiterer Ausbau der flankierenden Massnahmen (FlaM), wie sie SP und Gewerkschaften fordern. Zwar müssen die bestehenden Regeln konsequent umgesetzt werden. Aber es gibt nun wirklich keinen Grund, unseren funktionierenden Arbeitsmarkt gegen aussen stärker abzuschotten und gegen innen stärker zu regulieren. Für eine Einigung mit Brüssel ist ein Ausbau der FlaM übrigens genauso hinderlich wie ein Beharren auf der buchstabengetreuen Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative.

economiesuisse wird sich weiterhin für eine Lösung mit Augenmass einsetzen, die den bilateralen Weg nicht gefährdet und baut dafür auf eine breite Allianz. Bereits im Sommer 2015 haben wir die Kampagne «stark+vernetzt» gestartet, an der sich mittlerweile mehr als 50 Verbände, Organisationen und Parteien beteiligen. 3300 Privatpersonen haben sich bis heute als Unterstützer angemeldet, und wir haben rund 300 Geschichten über unsere Vernetzung mit Europa gesammelt. Die bislang vor allem online aktive Kampagne wird in den kommenden Monaten noch breiter in der Öffentlichkeit sichtbar werden, vor allem über Anlässe mit der Bevölkerung, aber auch mit neuen Publikationen und Inseraten. Ausserdem koordinieren wir uns eng mit allen anderen Gruppierungen, die sich für gute Beziehungen zu Europa einsetzen. Es ist uns ein Anliegen, den Dialog über die Beziehung zwischen der Schweiz und der EU möglichst breit zu führen. Wer diese Beziehung nur durch die Brille der Migrationspolitik betrachtet, der wird ihr nicht einmal ansatzweise gerecht. Selbstverständlich brauchen wir eine tragfähige Lösung in der Zuwanderungsfrage. Doch wir sollten sie im Bewusstsein erarbeiten, dass da noch ganz viel mehr ist: erfolgreiche Handelsbeziehungen, Bildungs- und Forschungszusammenarbeit, ein gemeinsamer Kulturraum, die enge Verflechtung der Verkehrsinfrastrukturen auf dem Boden und in der Luft, gemeinsame Wertvorstellungen, eine gemeinsame Geschichte. Dieses Bewusstsein wollen wir in den kommenden Monaten auf allen Ebenen stärken, damit die Schweizerinnen und Schweizer, wenn sie voraussichtlich Anfang 2017 wieder eine wichtige europapolitische Weiche stellen, im vollen Bewusstsein über die Tragweite dieser Entscheidung abstimmen können. Nur so kann die Schweiz die derzeitige Blockade überwinden und ihre Europapolitik wieder auf eine tragfähige Basis stellen.